

Sitzung der 96. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 20.11.2024 in Berlin

TOP 2: Desinformation bekämpfen, Demokratie stärken

Berichterstatter: Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz (EMK) stellen fest, dass der Kampf gegen Desinformation über die letzten Jahre, in Zeiten multipler Krisen, in der Europäischen Union (EU) rapide an Bedeutung gewonnen hat. Ihr Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der falsche oder irreführende Informationen über Medien und neue Technologien verbreitet werden, haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen und sind zunehmend Teil von hybriden Konflikten und Kriegen. Mit Besorgnis stellen die Mitglieder der EMK fest, dass die Zunahme von Desinformation eine reale Bedrohung vor allem für die Demokratie darstellt.
2. Die Mitglieder der EMK nehmen zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission unter Desinformation nachweislich falsche oder irreführende Informationen versteht, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können. Die Mitglieder der EMK stellen fest, dass die Begriffe „Desinformation“ sowie „öffentlicher Schaden“ allerdings weder im Digital Services Act (DSA) noch in anderen EU-Rechtsakten definiert werden. Die Mitglieder der EMK geben zu bedenken, dass die Frage, wo und in welcher Form öffentlicher Schaden durch Kommunikation im Internet entsteht, weder gesellschaftspolitisch noch juristisch eindeutig festlegbar ist und es sich daher insbesondere mit Blick auf den Schutz der Demokratie um einen äußerst sensiblen Bereich staatlicher Regulierung handelt.
3. Die Mitglieder der EMK bewerten Desinformation als ein staatenübergreifendes Phänomen und regen daher einen stärkeren Austausch zu Erkenntnissen über

Desinformationskampagnen und ihren in- und ausländischen Urhebern auch staatlich gelenkt, aktuell vor allem Russland und China, sowie zu erfolgreichen Gegenmaßnahmen, innerhalb der EU und ihren Mitgliedstaaten, an. Die Mitglieder der EMK erwarten den für das erste Quartal 2025 angekündigten auswertenden Bericht der Europäischen Kommission zu Desinformationsmaßnahmen im Umfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament mit großem Interesse.

4. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Bekämpfung von Desinformation sowie die Resilienz gegen diese in ihre politischen Leitlinien aufgenommen hat und weisen auf die bereits begonnene Arbeit am Gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie hin.
5. Die Mitglieder der EMK nehmen die in den politischen Leitlinien angekündigte Absicht der Kommissionspräsidentin, die Verbreitung von Desinformation stärker zu bekämpfen und einen „europäischen Schutzschirm für die Demokratie“ schaffen zu wollen, zur Kenntnis. Sie bitten die Europäische Kommission, diese Vorhaben möglichst bald zu konkretisieren. Auf die Wichtigkeit der Wahrung der Kulturhoheit der Mitgliedstaaten und der Länder sowie deren Berücksichtigung bei Maßnahmen der Europäischen Kommission wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.
6. Die Mitglieder der EMK betonen die zentrale Rolle von Medien- und Nachrichtenkompetenz für die gesellschaftliche Resilienz gegenüber jeglicher Form von Desinformation, welche vom Kindes- bis ins Seniorenalter an gefördert werden sollte. In diesem Kontext ist auch ein wirksamer Kinder- und Jugendmedienschutz unerlässlich. Sie betonen darüber hinaus, dass die Befähigung zur selbstständigen Identifikation von Desinformation die wirksamste Methode zu deren Bekämpfung darstellt. Sie begrüßen auch, dass auf Länderebene in Deutschland bereits viele Projekte von verschiedenen Akteuren durchgeführt werden, um das Erkennen von Desinformationen zu erleichtern. Die Mitglieder der EMK regen einen verstärkten Austausch an, auch auf europäischer Ebene, um erfolgreiche Projekte weiter zu verbreiten.

7. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass die EU in den letzten Jahren erste Schritte zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung von Desinformation ergriffen und wichtige Vorlagen verabschiedet hat, die darauf abzielen, für mehr Transparenz und Verantwortung im digitalen Raum zu sorgen und Desinformation systematisch zu bekämpfen.
8. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass mit dem DSA auch erstmals der Datenzugang von Online-Plattformen für Forschungszwecke erleichtert wurde und große Plattformen verpflichtet sind, über Risiken von Inhalten für die Gesellschaft zu berichten.
9. Die Mitglieder der EMK erkennen an, dass sich der DSA in der Praxis noch bewähren muss. Sie weisen aber darauf hin, dass das Phänomen der manipulativen Verbreitungstechniken (Coordinated Inauthentic Behavior (CIB)) von den Plattformen offenbar nicht effektiv angegangen wird. Vor diesem Hintergrund fordern die Mitglieder der EMK die Europäische Kommission auf, den DSA im engen Austausch mit den Mitgliedstaaten und den jeweils zuständigen Stellen in den Mitgliedsstaaten auf eine entsprechende Anpassung hin zu prüfen, insbesondere mit Blick auf ein Verbot von so genanntem CIB. Ein solches Verbot würde nicht an konkreten Inhalten ansetzen, sondern an Verbreitungsmechanismen, mit denen illegale bzw. legale aber radikalisierte Inhalte maschinell extrem beschleunigt verbreitet werden.
10. Aus Sicht der Mitglieder der EMK sollte beim weiteren Umsetzungsprozess des DSAs sowie bei zukünftigen Maßnahmen zur Plattformregulierung und im Kampf gegen Desinformation auf EU-Ebene erwogen werden, die gesellschaftliche und politisch hoch sensible Aufsicht der Europäischen Kommission einer besonderen unabhängigen Kontrolle zu unterwerfen, die staatsfern ausgestaltet sein sollte. Die Mitglieder der EMK betonen die herausragende Position der staatsfernen deutschen Medienaufsicht im Zusammenhang mit den Verfahren nach dem DSA.
11. Die Mitglieder der EMK erkennen die Chancen an, die in der Künstlichen Intelligenz (KI) liegen. Zugleich sehen sie die Gefahren, die mit der Nutzung von KI verbunden sein können. Sie begrüßen daher das angekündigte Vorgehen gegen die immer

realistischer erscheinenden „Deep Fakes“ im Internet. Die Mitglieder der EMK unterstützen das Vorhaben der Europäischen Kommission, mit der Verordnung über KI (AI Act) im Rahmen der Zuständigkeiten der EU potenzielle Schäden durch den Einsatz von KI einzudämmen und gleichzeitig die Transparenz, Sicherheit und Verantwortlichkeit in der Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien bedarfsgerecht zu fördern.

12. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen wirksame Maßnahmen gegen Desinformation finden, die die Meinungsfreiheit achten. Die Mitglieder der EMK betonen, dass das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten sowie sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, eine elementare Grundlage jeder demokratischen Verfassung darstellt. Auch für die EU gilt es, die Meinungs-, die Informations- sowie die Medienfreiheit unter Beachtung der Kulturhoheit der Länder zu schützen. Die Mitglieder der EMK sind davon überzeugt, dass eine pluralistische und unabhängige Medienlandschaft unerlässlich im Kampf gegen Desinformation ist. Darüber hinaus sind sowohl pluralistische Medien, als auch die Wahrung einer offenen Debattenkultur maßgeblich, um das Vertrauen in demokratische Institutionen langfristig zu wahren.

13. Die Mitglieder der EMK bitten den Vorsitz, diesen Beschluss dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zu übermitteln.

Sitzung der 96. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 20.11.2024 in Berlin

TOP 4 Für eine wettbewerbsfähige und zukunftsfähige Europäische Union

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Beschluss

1. Angesichts eines wachsenden globalen Standortwettbewerbs sowie der Folgen einer Pandemie, geopolitischen Spannungen und des Klimawandels unterstreichen die Mitglieder der Europaministerkonferenz (EMK) die Notwendigkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der europäischen Wirtschaft und ihre Resilienz zu stärken. Es bedarf einer integrierten Industrie- und Wirtschaftspolitik, um die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu fördern und die Europäische Union (EU) als Produktionsstandort zu stärken. Eine resiliente europäische Industrie ist entscheidend, um Wohlstand und soziale Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig die ökologische und digitale Transformation zu fördern.
2. Die Mitglieder der EMK würdigen den von der Kommissionspräsidentin beauftragten Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit des ehemaligen italienischen Premierministers und Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Sie erachten den am 9. September 2024 vorgelegten Bericht als einen wichtigen Debattenbeitrag in der entscheidenden Phase der Neuaufstellung der Europäischen Kommission und gehen davon aus, dass dieser einen maßgeblichen Einfluss auf die Politikgestaltung eben dieser haben wird.
3. Die Mitglieder der EMK nehmen zur Kenntnis, dass der Bericht nicht nur eine kritische Analyse der gegenwärtigen Konkurrenzfähigkeit der EU beinhaltet, sondern ambitionierte Impulse für die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vorsieht. Insbesondere begrüßen sie die zentrale Stellung des vorgeschlagenen „Joint Decarbonisation and Competitiveness Plan“, der die Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer

Transformation sowie die Forderung nach einer stärker europäisch ausgeprägten Industriepolitik zur Resilienz und wirtschaftliche Sicherheit der EU aufgreift.

4. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass die politischen Leitlinien von Ursula von der Leyen für die Jahre von 2024 bis 2029 die Sicherstellung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit priorisiert. Eine kohärente und umfassende Industriepolitik kann dafür einen wichtigen Beitrag leisten. Sie muss alle relevanten Schlüsselindustrien in den Blick nehmen und fördern. Wichtige Bausteine einer auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Industriepolitik sind zudem die Schaffung verlässlicher und innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen sowie die Verbesserung von Finanzierungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen.
5. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die ökologische und digitale Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft eine Chance für die europäische Industrie darstellen kann. Dies setzt aber geeignete und verlässliche Rahmenbedingungen voraus. Die Mitglieder der EMK fordern daher eine industriepolitische Ausrichtung, die Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in Einklang mit wirtschaftlichem Wachstum bringt. Sie begrüßen, dass damit den Zielsetzungen des Grünen Deals eine industrie- und wettbewerbsfördernde Agenda an die Seite gestellt werden soll, die Maßnahmen zur klimaneutralen Transformation der Wirtschaft mit industrie- und wettbewerbsfreundlichen Rahmenbedingungen kombiniert. In diesem Zusammenhang sehen die Mitglieder der EMK der Vorlage eines „Clean Industrial Deal“ innerhalb der ersten 100 Tage, der darauf abzielt, die europäische Industrie wettbewerbsfähig und zugleich klimaneutral zu gestalten, mit Erwartung entgegen.
6. Die Mitglieder der EMK setzen sich im Einklang mit dem Draghi-Bericht und den politischen Leitlinien von Ursula von der Leyen 2024-2029 für eine sozial verträgliche Gestaltung der Transformation ein. Sie weisen darauf hin, dass die klimaneutrale und digitale Transformation der europäischen Industrie erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf die Unternehmerinnen und Unternehmer haben wird. Die Mitglieder der EMK fordern daher, dass Beschäftigte und Betriebe bei der Gestaltung der Transformation gezielte Unterstützung erfahren. Sie halten die berufliche Weiterbildung für erforderlich, um Qualifizierungen an einen sich verändernden Arbeitsmarkt anzupassen und die Resilienz von Beschäftigten und Unternehmen zu erhöhen. Gleichzeitig betonen sie die Bedeutung von Sozialpartnerschaft und betrieblicher Mitbestimmung für die Gestaltung der Arbeitswelt und erfolgreicher Transformationsprozesse. Übergreifendes Ziel muss der Erhalt und die Schaffung von

Arbeitsplätzen sein. In diesem Zusammenhang unterstreichen die Mitglieder der EMK den Bedarf an Maßnahmen zur Fachkräfteentwicklung und -sicherung, Fachkräftebindung sowie zur Aktivierung neuer Fachkräftepotenziale.

7. Die Mitglieder der EMK betonen, dass es für die Erreichung der EU-Klimaziele entscheidend ist, der Industrie Zugang zu kostengünstiger und klimaneutraler Energie zu gewährleisten. Gleichzeitig kommt dem Erhalt eines Höchstmaßes an Versorgungssicherheit eine erhebliche Bedeutung zu. Wichtig ist zudem ein kontinuierlicher Ausbau klimaneutraler Energien sowie des Energie-Binnenmarkts und der grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur. Konkret fordern die Mitglieder der EMK einen verlässlichen Energie-Rechtsrahmen für 2040 für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieinfrastruktur sowie eine robuste Governance und eine angemessene EU-Finanzierung. Die Mitglieder der EMK weisen darauf hin, dass insbesondere energieintensive Unternehmen durch die hohen Energiepreise besonders von den Transformationsprozessen sowie den Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten betroffen sind.
8. Damit der Binnenmarkt krisenfest und robust bleibt, muss er vollendet werden. Dafür müssen insbesondere der digitale Binnenmarkt und der Energiebinnenmarkt weiter ausgebaut und harmonisiert werden. Gleichzeitig muss die Kapitalmarktunion entscheidend vorangebracht werden, um sowohl öffentliche als auch private Investitionen zu mobilisieren. Ein gut funktionierender, integrierter Kapitalmarkt ist essenziell, um den Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen, einschließlich KMU und Start-ups, zu erleichtern und die wirtschaftliche Resilienz der EU zu stärken. Die Mitglieder der EMK begrüßen in diesem Kontext ausdrücklich die Ankündigung der Kommission, verstärkte Anreize für private Investitionen in die europäische Wirtschaft schaffen zu wollen, um eine Abwanderung von Kapital und Unternehmen zu verhindern. In diesem Zusammenhang nehmen die Mitglieder der EMK die Ankündigungen eines Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis. Sie sprechen sich dafür aus, dass die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei der Transformation gestärkt werden sollte.
9. Die Entwicklungen zu Ankündigungen für die Fusionskontrolle, das öffentliche Beschaffungswesen und staatliche Beihilfen wird die EMK mit großem Interesse verfolgen. Der bisher verstärkt nach innen gerichtete Blick auf die Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt sollte verstärkt auf die globale Dimension und Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die Mitglieder der EMK fordern, das europäische Beihilfenrecht zu vereinfachen und sich auf die Kontrolle

besonders wettbewerbsverzerrender Beihilfen zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang sollte die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) überarbeitet sowie eine Verlängerung des Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) geprüft werden, damit Unternehmen die bereits eingeräumten Fördermöglichkeiten auch tatsächlich nutzen können. Das derzeitige EU-Beihilfenrecht kann Wettbewerbsnachteile für die deutschen Länder schaffen. So fallen unter anderem aufgrund großzügiger Beihilfen momentan Investitionsentscheidungen von Großunternehmen sehr häufig so aus, dass Zukunftstechnologien nicht mehr in Deutschland angesiedelt werden. Dies kann zu einer schleichenden Deindustrialisierung der etablierten Industrieregionen führen. Die Europäische Kommission wird daher gebeten, das EU-Beihilfenrecht zeitgemäß auszugestalten, etwa über neue Fördertatbestände. Vor dem Hintergrund der aktuellen Transformation der Industrie sollte eine Schwächung des Industriestandorts Deutschland nicht durch das Beihilfenrecht, das Wettbewerbsverzerrungen gerade vermeiden will, verstärkt werden.

10. Um den freien Dienstleistungsverkehr in der EU zu gewährleisten, sind der Abbau regulatorischer Hürden und die vereinfachte gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen wichtig. In dem Zusammenhang müssen auch die von den Mitgliedstaaten selbst verursachten Hindernisse z. B. bei der nationalen Umsetzung der EU-Erleichterung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Blick genommen werden.
11. Nachdem die Länder nachdrücklich einen Maßnahmenplan zur Unternehmensentlastung durch Bürokratieabbau gefordert hatten (siehe z.B. MPK-Beschluss vom 20. Juni 2024 zur Unternehmensentlastung durch EU-Bürokratieabbau), befürworten die Mitglieder der EMK das Ziel der neuen Kommission, bestehende Vorschriften im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hin zu überprüfen, anstatt neue Gesetze zu erlassen. In diesem Zusammenhang begrüßen die Mitglieder der EMK auch, dass der Draghi-Bericht eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips im europäischen Mehrebenensystem empfiehlt. Weiterhin begrüßen sie die Ankündigung der Europäischen Kommission, gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Bürokratie, insbesondere für KMU sowie zur Beschleunigung von Planungs-, Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren, vornehmen zu wollen. Von großer Bedeutung sind auch die Vereinfachung des Vergaberechts und die Förderung der strategischen Nutzung des Rechtsrahmens für den grünen und digitalen Wandel.

12. Die Mitglieder der EMK teilen die Auffassung, dass die EU die Rahmenbedingungen schaffen muss, um strategische Souveränität in kritischen Bereichen wie beispielsweise der Energieversorgung, der Rohstoffbeschaffung, der Herstellung von Halbleitern und Batterien für Elektromobilität sowie der Arzneimittelversorgung zu erreichen. Dazu gehört die Förderung von Produktionskapazitäten innerhalb der EU sowie die konsequente Nutzung der Potenziale von Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, aber auch der Aufbau widerstandsfähiger sowie fairer globaler Lieferketten durch ambitionierte Handelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften. Die Mitglieder der EMK betonen, dass ohne den zuverlässigen Zugang zu kritischen Rohstoffen weder die ökologische noch die digitale Transformation gelingen werden. Die Versorgung mit kritischen Rohstoffen ist auch für die Energiewende notwendig. Aufgrund der Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen sollte die EU für den Abschluss möglichst zahlreicher Handelsabkommen eintreten, um Abhängigkeiten von einzelnen Lieferantenländern zu vermeiden. Daher sollte die EU auf der Basis ihrer Grundwerte grundsätzlich für offene internationale Märkte eintreten und eine interessengeleitete Handelspolitik vertreten. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die europäische Industrie vor unlauteren Handelspraktiken zu schützen und Mechanismen zur Durchsetzung dieser Standards zu stärken.
13. Wettbewerbsfähigkeit muss auch durch eine Vertiefung des internationalen Handels gestärkt werden, indem Handelshemmnisse abgebaut, Handelsabkommen vorangetrieben und der Handel mit aufstrebenden Märkten gesichert wird. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die EU den Abschluss moderner und tragfähiger Handelsabkommen anstreben sollte, auch mit Blick auf eine internationale Standardisierung. Die Ankündigung der Europäischen Kommission, neue Partnerschaften für sauberen Handel und saubere Investitionen zu entwickeln und Partnerschaften mit Blick auf kritische Rohstoffe und Mineralien zu vertiefen, wird vor diesem Hintergrund von den Mitgliedern der EMK begrüßt.
14. Die Mitglieder der EMK stellen fest, dass neue themenbezogene IPCEI's aufgesetzt werden sollten sowie die grenzüberschreitende Infrastruktur weiter gestärkt und ausgebaut werden müssen. Dies ist von besonderer Bedeutung, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Innovationen zu fördern. Die Mitglieder der EMK begrüßen ausdrücklich eine Ausweitung der Projekte auf weitere Zukunftstechnologien, um neue Wachstumsfelder zu erschließen und die technologische Souveränität Europas zu stärken. Darüber hinaus fordern die Mitglieder der EMK den Abbau bürokratischer Hürden und die Verkürzung der Genehmigungszeiten, um die Effizienz der Projekte zu erhöhen. Insbesondere soll der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen sowie den

Mittelstand erleichtert werden, um deren Beteiligung an diesen wichtigen Projekten zu fördern und deren Innovationspotenzial optimal zu nutzen.

15. Die Mitglieder der EMK bitten den Vorsitz, diesen Beschluss dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zu übermitteln.

Sitzung der 96. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 20.11.2024 in Berlin

TOP 6: Kohäsionspolitik

Berichterstatter: Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Beschluss

1. Die Mitglieder der EMK stimmen der Gemeinsamen Stellungnahme von Bund und Ländern zur Kohäsionspolitik der EU nach 2027 zu.
2. Die Mitglieder der EMK bitten den Vorsitz, diese Stellungnahme der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder gemäß deren Beschluss vom 6. November 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Protokollerklärung der Länder Bayern und Hessen:

Angesichts der bekanntgewordenen Pläne zum Umbau des EU-Haushaltes und der Bedeutung der Kohäsionsfonds für die Länder, halten Hessen und Bayern die vorliegende Bund-Länder Stellungnahme für noch nicht entscheidungsreif. Vor dem Hintergrund einer sich neu formierenden EU-Kommission und der anstehenden vorgezogenen Bundestagswahl steht zu befürchten, dass die Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, die Belange der Länder in Brüssel entsprechend kraftvoll vorzutragen. Für die Länder ist in der Sache ganz entscheidend, dass die EU-Kohäsionspolitik in den Händen der Regionen bleibt und nicht auf die nationale Ebene gehoben wird. Eine Entmachtung der Länder darf es nicht geben. Ganz zentral ist auch, dass weiterhin alle Regionen förderwürdig bleiben. Die mit dem Bund gemachten Kompromisse in der Formulierung wurden unter anderen Vorzeichen eingegangen bzw. waren mit der Hoffnung auf eine starke Partnerschaft in der Sache verbunden. Um den Auftrag der MPK jedoch zu erfüllen und eine Diskussion dort zu ermöglichen, wird dem Beschlussvorschlag auf der EMK zugestimmt.